

Soziale Gerechtigkeit unter Druck? Die AfD und die Konsequenzen für soziale Einrichtungen in NRW

Wir leben in einer Zeit, in der soziale Gerechtigkeit zunehmend unter Druck steht – vielleicht sogar in echter Gefahr.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet viel und für jeden Menschen individuell auch etwas Anderes. Aus der übergeordneten Sicht bedeutet soziale Gerechtigkeit für den Paritätischen NRW die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen unantastbar ist und alle die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben. Dies umfasst den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, sozialer Teilhabe und Existenzsicherung – unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder sozialem Status.

Soziale Gerechtigkeit erfordert den Abbau struktureller Ungleichheiten und setzt sich für Solidarität und gegenseitige Unterstützung ein. Für den Paritätischen NRW steht dabei im Mittelpunkt, dass niemand aufgrund gesellschaftlicher oder individueller Benachteiligungen zurückgelassen wird. Es geht darum, ein System zu schaffen, das Menschen nicht nur auffängt, sondern ihnen auch ermöglicht, ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu führen. Es geht um Zugang zu Bildung, Teilhabe und um Unterstützung in Lebenslagen in denen Menschen besonders verletzlich sind.

Soziale Einrichtungen, Mitgliedsorganisationen im Paritätischen, leisten eine unverzichtbare Arbeit, die das Fundament einer solchen gerechten und stabilen Gesellschaft bildet.

Doch genau diese Arbeit wird aktuell auf eine harte Probe gestellt.

Eine zunehmende gesellschaftliche Zustimmung zur AfD bedroht nicht nur die Finanzierung und politische Unterstützung sozialer Einrichtungen und Träger, sondern greift Werte an, auf deren diese Arbeit basiert: Toleranz, Offenheit Vielfalt, Solidarität und Chancengleichheit.

Die AfD bringt eine Ideologie in die Gesellschaft, die diese Werte nicht nur in Frage stellt, sondern aktiv behindert. Sie setzt auf Spaltung statt Zusammenhalt, auf Ausgrenzung statt Integration und auf Vorurteile statt Chancengleichheit.

Für soziale Einrichtungen bedeutet das zunehmend, dass nicht nur ihre finanzielle Basis, sondern auch das gesellschaftliche Fundament bröckelt.

Denn ohne Solidarität, Vielfalt und ein Bewusstsein für Gerechtigkeit wird soziale Arbeit zu einem ständigen Kampf gegen Widerstände, anstatt eine unverzichtbare Hilfe und Orientierung für Menschen in Not zu bieten.

Die aktuelle Bedrohung: Politische und gesellschaftliche Herausforderungen:

Doch diese Arbeit wird zunehmend auf die Probe gestellt. Eine verstärkte gesellschaftliche Zustimmung zur AfD bedroht nicht nur die Finanzierung und politische Unterstützung sozialer Einrichtungen, sondern auch die Werte, auf denen ihre Arbeit basiert: Toleranz, Offenheit, Vielfalt, Solidarität und Chancengleichheit.

Die AfD bringt eine Ideologie in die Gesellschaft, die auf Spaltung statt Zusammenhalt setzt, auf Ausgrenzung statt Integration und auf Vorurteile statt Chancengleichheit. Sie diffamiert soziale Einrichtungen als „ideologisch“ oder „überflüssig“, insbesondere, wenn diese sich für Integration, Vielfalt und Toleranz einsetzen. Damit wird nicht nur das Vertrauen in soziale Einrichtungen untergraben, sondern auch deren gesellschaftliche Basis, die für ihre Arbeit essenziell ist.

Herausforderungen durch demokratiefeindliche Strömungen:

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für soziale Einrichtungen schwieriger werden:

- **Zunehmende Anfeindungen und Bedrohungen:** Demokratiefeindliche Gruppierungen und rechtsextreme Akteur*innen schaffen ein Klima der Angst. Mitarbeitende sozialer Einrichtungen werden häufig mit feindlichen Parolen oder gar Bedrohungen konfrontiert. Damit verbunden sehen sich Organisationen in Gremien vor Ort vermehrt AfD-Politiker*innen gegenüber, die versuchen die Inhalte und Themen für sich einzunehmen.
- **Finanzielle Schlechterstellung:** Organisationen fürchten, dass eine Stärkung demokratiefeindlicher Akteur*innen künftig zu kürzeren finanziellen Mitteln führen könnte. Dies geschieht entweder schon, oder es wird konkret in Aussicht gestellt („wenn ich von der AfD im Rat/Gremium XY sitze, dann streichen wir diese Mittel“).
- **Radikalisierung des Diskurses (und des Konservatismus):** Die politische Verschiebung nach rechts verhärtet den gesellschaftlichen Ton und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Konservative Parteien passen ihre Rhetorik an und es entsteht eine zunehmende Verschiebung des politischen Diskurses „nach rechts“. Hierdurch werden Werte und aktive Arbeit für Vielfalt in Frage gestellt und Minderheiten sehen sich verstärkt Anfeindungen ausgesetzt.
- **Infragestellung der Gemeinnützigkeit:** Demokratiefeindliche Akteur*innen stellen die Neutralität und Legitimität sozialer Organisationen zunehmend infrage, was ihre Handlungsfähigkeit massiv beeinträchtigt.
- **Paradoxes Verhalten:** Obwohl die Werte und die Arbeit der Einrichtungen in einer offensichtlichen Diskrepanz zu den Inhalten und Wahlprogrammen der AfD stehen, ist eine signifikante Zustimmung zur AfD unter Nutzer*innen und Angehörigen der sozialen Einrichtungen zu spüren.
- **Anfeindungen gegenüber Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen:** Mitarbeitende und ehrenamtlich tätige Menschen geraten durch offensichtliche Anfeindungen in Konfliktsituationen und Verunsicherungen. Der zu betreuende Mensch hat einerseits einen Anspruch auf die Betreuung/Behandlung/Versorgung etc., verhält sich aber gleichzeitig offensichtlich rechtsextrem, rassistisch, anfeindend, beleidigend. Hier wird der Wunsch nach Austausch und Unterstützung formuliert, wie man sich in welchen Situationen verhalten kann.

Diese Entwicklungen wirken sich unmittelbar auf die Arbeit sozialer Einrichtungen aus: Statt sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren zu können, müssen sie sich gegen gesellschaftliche Stigmatisierung, populistische Anfeindungen und strukturelle Benachteiligungen zur Wehr setzen.

Lösungsansätze und Strategien zur Demokratieförderung:

Angesichts dieser Herausforderungen sind konkrete Lösungsansätze und Maßnahmen erforderlich, um soziale Gerechtigkeit und die Handlungsfähigkeit sozialer Einrichtungen und deren Mitarbeitende zu stärken:

- **Schulungen zu Argumentationstechniken und Umgang mit populistischen Parolen:** Um auf populistische Aussagen und feindliche Rhetorik souverän zu reagieren, benötigen Mitarbeitende Schulungen und konkrete Handreichungen. Dies gilt sowohl für den Umgang mit Klient*innen als auch mit politischen Akteur*innen. Hier sollte auch berücksichtigt werden, wie in der Gremienarbeit vor Ort und mit der Vereinnahmung der eigenen Themen umgegangen werden kann.
- **Übersetzung der Inhalte in leichte Sprache:** Eine klare und für alle zugängliche Kommunikation ist essenziell. Inhalte – beispielsweise zu politischen Wahlprogrammen – müssen in einfacher Sprache vermittelt werden, um Missverständnisse und Polarisierung zu vermeiden.
- **Unterstützung der Mitarbeitenden:** Mitarbeitende und Ehrenamtliche geraten zunehmend in Konfliktlagen, wenn sie Nutzer*innen mit antidemokratischen Haltungen begegnen. Hier sind Anlaufstellen für Beratung, kollegialer Austausch und psychologische Unterstützung sowie Handlungsempfehlungen notwendig.
- **Arbeitsrechtliche Beratung:** Organisationen brauchen rechtliche Unterstützung, um sich gegen politische und gesellschaftliche Angriffe zu schützen und ihre Mitarbeitenden abzusichern. Hier geht es auch um praktische Hilfestellungen wie Formulierungsvorschläge in der Satzung.
- **Bildungsangebote und Materialbereitstellung:** Um auf die wachsenden Herausforderungen vorbereitet zu sein, sollten Organisationen Zugang zu umfassenden Informationen, Schulungen und Materialien erhalten, die sie in ihrer demokratischen Arbeit unterstützen.
- **Positive Kampagnen für demokratische Werte:** Statt rein reaktiver Ansätze ist es wichtig, proaktive Kampagnen für Vielfalt, Solidarität und Demokratie zu entwickeln.

Fazit: Soziale Einrichtungen als Bollwerk für soziale Gerechtigkeit und Demokratie

Die Arbeit sozialer Einrichtungen ist ein unverzichtbarer Pfeiler für soziale Gerechtigkeit und eine demokratische Gesellschaft. Doch sie stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die ihre Grundwerte und Strukturen bedrohen.

Mit gezielten Unterstützungsangeboten und klarer Haltung können wir diesen Herausforderungen begegnen und die Arbeit der Einrichtungen langfristig sichern. Es geht nicht nur darum, die negativen Folgen der aktuellen politischen Entwicklungen abzuwehren, sondern aktiv für die Werte einzutreten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Toleranz, Offenheit, Vielfalt, Solidarität und Chancengleichheit.

Nur so können wir verhindern, dass soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft weiter unter Druck gerät – und stattdessen dafür sorgen, dass sie für alle erfahrbar bleibt.